



# ODENWALD KURIER

---

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Extra**  
**Dezember 2021**

---

***Guten Tag!***

Gesundheitsversorgung betrifft uns alle. Keinem ist damit gedient, wenn Pflegepersonal überlastet, gestresst und ausgebrannt ist. Als Patient oder als deren Angehörigen liegt uns allen daran, dass ein notwendiger Klinikaufenthalt möglichst schonend und erfolgreich verläuft. Die Realität sieht aber ganz anders aus, und alle wissen es.

Pflegekräfte in Kliniken und Seniorenheimen werden schlecht bezahlt und sind permanent überbelastet. 9000 Pflegekräfte haben zwischen April und Juni 2020 gekündigt. Auch danach hat die Anzahl der Pflegekräfte weiter abgenommen. Bei der Demonstration Pflegeaufstand im September dieses Jahres in Mainz wurde zu Recht gefordert, das Finanzierungssystem der Krankenhäuser über Fallpauschalen abzuschaffen und durch eine bedarfsorientierte Finanzierung zu ersetzen.

Fallpauschale bedeutet, dass nicht danach geschaut wird, welcher medizinische Aufwand für die Behandlung einer Krankheit tatsächlich erforderlich ist. Das bedeutet, dass Krankenhäuser sich die individuell erforderliche Behandlung einzelner Kranken nicht mehr leisten können und deswegen auch nicht ausgeheilte Patienten früher entlassen müssen, da sie ansonsten die Kosten für die Behandlung nur zum Teil bezahlt bekommen. Fallpauschale heißt: **Profit hat Vorrang vor Gesundheit.**

Zudem wurden sehr viele Krankenhäuser inzwischen geschlossen, das heißt die Behandlungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt, um Kosten zu sparen und Gewinne zu machen. So wurde beispielsweise in unserer Nähe das Krankenhaus in Lindenfels trotz starker Proteste der davon betroffenen Bevölkerung geschlossen und somit die medizinische Versorgung erheblich verschlechtert.

Die Ausgaben für das Gesundheits- und Pflegewesen werden immer weiter reduziert, während der Rüstungsetat, die Ausgaben für Waffen und Bundeswehr permanent erhöht werden.

Inzwischen nimmt in immer mehr Kliniken der Widerstand der Beschäftigten zu. Die Asklepios Kliniken in Brandenburg werden bestreikt. Die Beschäftigten der Berliner Vivantes-Tochterfirmen setzten durch einen sechswöchigen Streik im Oktober 2020 eine Angleichung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes durch. Auch beim Carl-Thiem-Klinikum in Cottbus setzten die Beschäftigten eine spürbare



Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Erhöhung ihrer Gehälter auf 97,5% des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst durch. Kolleginnen aus dem Pflegebereich wissen am Besten wo es hakt und fordern:

- eine verpflichtende gesetzliche Regelung zur Personalbemessung am Bett, tagesaktuell
- Stopp der Privatisierungen
- Stopp von Klinikschließungen, die sogar während der Corona-Pandemie weitergehen
- Kosten und Leistungsdruck drastisch minimieren
- die Fallpauschalen müssen fallen, ein kostendeckendes Finanzierungssystem muss wieder her
- keine weiteren Ausgliederungen im Bereich von Service, Küche, Krankentransport, Wäscherei und Ähnlichem, sondern Rückkehr von schon ausgegliederten Bereichen in den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes

Die gesetzliche Pflicht zum Abschluss von Tarifverträgen im Bereich der Altenpflege muss nachgebessert werden, und zwar so, dass qualitative Mindeststandards eingehalten werden. Bis jetzt ist das reine Augenwischerei, weil immer noch Gefälligkeitstarife abgeschlossen werden können. Für dumm verkauft und hingehalten wurden die Menschen in der Pflege doch nun wirklich lange genug.

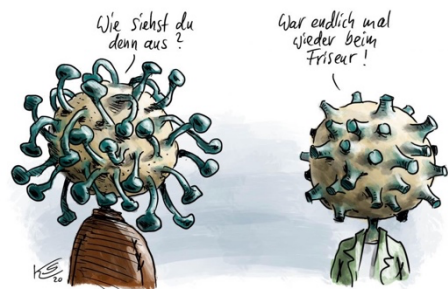
R. Fertig

## Corona und kein Ende

Profit für das (Pharma)Kapital statt Gesundheit für die Menschen, das ist offensichtlich das Motiv der Politik. Insofern setzen SPD, Grüne und FDP die Politik der großen Koalition fort. Trotz rasant steigender Infektionszahlen (positiv Getesteter) erklären nun alle das Ende der >>epidemischen Lage von nationaler Tragweite<<. Wer gehofft hatte, dass mit dem Aussetzen des Notstands auch Unvernunft und Willkür in der Pandemiebekämpfung enden, wird enttäuscht.

Während die Infektionszahlen – auch von Geimpften – steigen, Krankenhausbeschäftigte Alarm schlagen und in Pflegeheimen wieder gestorben wird, geht das Chaos munter weiter. Landespolitiker sind außer Rand und Band und basteln sich ihre eigene Regelwelt. Mit dem Ausrufen der 2G-Regel gilt: – Zutritt nur für Geimpfte und Genesene – für Kneipen, Restaurants, Klubs, Diskotheken und Großveranstaltungen. Ausnahmen: der Arbeitsplatz und der Weg dorthin in vollen Bussen und Bahnen, der Handel und die Discounter. Der Laden muss laufen. Aus Bayern kommt der Vorstoß für 3G am Arbeitsplatz und damit der Zugriff der Unternehmer auf die Gesundheitsdaten der Beschäftigten.

Was hat es mit Pandemiebekämpfung auf sich, wenn sich Geimpfte in falscher Sicherheit wähnen und auch nicht getestet werden? Sind die Impfstoffe so wirksam, wie man uns versichert hatte? Offensichtlich nicht!



Man fragt sich, wieso die Inzidenzwerte und die Belegung von Intensivbetten mittlerweile genauso hoch sind wie im letzten Jahr, als es noch keine Impfung gab? Dann waren doch Lockdowns und Schulschließungen für die Katz.

Wer kann verstehen, dass trotz einer „**epidemischen Notlage von nationaler Tragweite**“ unser Gesundheitsminister und die schwarz-rote Bundesregierung tatenlos zuschauten, dass von Mitte 2020 bis heute über 20 Krankenhäuser geschlossen und mehr als 5.000 Intensivbetten beseitigt wurden? Was hat die Bundesregierung unternommen, um den Pflegenotstand zu beseitigen? Nicht viel mehr als NICHTS!

R. Weber

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt***

***E-Mail [rfan@mail.de](mailto:rfan@mail.de)***

**Informationen anfordern / Mitglied werden!**

**<https://dkp.de/mitglied-werden/>**

oder Brief an DKP, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

- Ich möchte Mitglied der DKP werden.
- Ich möchte mehr Informationen über die DKP.
- Ich möchte Kontakt zur DKP in meiner Nähe.
- Ich möchte ein kostenloses 6 Wochen Probeabo der UZ, Zeitung der DKP.

Vorname Name

Straße PLZ Ort

Deine E-Mail-Adresse

Telefon Mobile